

POLITISCHE ABTEILUNG I

Bern, 28. November 1991

p.B.55.40.R.-WOK/ZNI

Ob 4. Nov. 91 - 2. U.

Notiz an den Koordinator für Unterstützung an OsteuropaSchweizerische Unterstützung in die UdSSR

Im Sinne eines "follow-up" der Reise von Staatssekretär Jacobi (JAC) nach Russland und in die Ukraine halten wir es für nützlich, die dabei gewonnenen Erkenntnisse für mögliche zukünftige Unterstützung der Schweiz in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Wir verweisen dabei auf die beiden bestehenden Berichte über die Reise, d.h. den Beitrag in WoTx 48/91 vom 25.11., Para 5, sowie insbesondere die ausführliche Notiz von P. Maurer vom 25.11. (Beilage, Zit. MAP).

1. Generelles

Ansprechs- und Projektpartner der Schweiz werden zweifelsohne in erster Linie die Republiken, gegebenenfalls klar definierte Einheiten auf lokaler Ebene (z.B. Stadt St. Petersburg) sein müssen. Die Union und ihre Organe, soweit sie überhaupt noch bestehen, sollten nur in Ausnahmefällen und - soweit dies machbar ist - nach sorgfältiger Prüfung ihres Mandates (vgl. MAP S. 8, Para 5.1.) akzeptiert werden, da die Gefahr zu gross ist, dass es sich nur noch um Fassaden ohne Hinterland und/oder die Selbstbestätigung von Einzelpersonen ("da ich ein Projekt verwalte, muss es mich weiter geben") handelt.

Dies wirft sogleich die Frage auf nach der aktuellen Bedeutung der Absichtserklärung Schweiz - UdSSR vom 1.12.1990, in der die Bereiche möglicher Zusammenarbeit und ihre Durchführung sehr allgemein beschrieben werden. Diese hat ihre Funktion primär als Vorbild ähnlicher möglicher Vereinbarungen mit den Republiken (vgl. MAP S. 8, Para 5.3. und 5.5.). Ob die Ab-



sichtserklärung, die noch ein Jahr läuft, verlängert werden soll, kann kurzfristig vor Ablauf entschieden werden, je nach dannzumaligem Stand der tatsächlichen Kompetenzen.

Für die Finanzierung (Verpflichtung) allfälliger Projekte stehen - bis zur Inkraftsetzung des Rahmenkredites 800 Mio. - bekanntlich der Fr. 5 Mio. Spezialfond zur Verfügung. Davon gehen - immer Verpflichtungen in SFr. - 1,5 Mio. für die baltischen Republiken sowie 1,5 Mio. für den UdSSR Trust-Fund der Weltbank (wer genau sind die Empfänger?, hier gilt die eben erwähnte Problematik ebenso) ab; bleiben also gerade noch 2 Mio., wobei davon ausgegangen wird, dass alle übrigen bestehenden Projekte, welche auch die UdSSR betreffen, aus anderen Rubriken (multilaterale Projekte, polit. Kultur, Umwelt) innerhalb des 250-Mio. Rahmenkredites resp. anderen Krediten (humanitäre Hilfe) finanziert werden.

2. Humanitäre Hilfe

Grundsätzliche Fragen, die sich im Lichte der Gespräche von Staatssekretär Jacobi stellen (vgl. MAP S. 2, Para 1.1. und S. 3, Para 2.1.), so jene nach einer Lieferung von Agrarüberschüssen aus der Schweiz und nach der Opportunität der Abgabe von schweizerischer Ueberlebensnahrung, werden in Notizen von JAC vom 27.11. an das BA für Landwirtschaft resp. Zivilschutz aufgeworfen.

Angesichts des möglichen Umfangs von Medikamentenlieferungen stellt sich die Frage nach Form und Vorgehen mit Bezug auf allfällige strukturierte Hilfe direkt von der schweizerischen chemischen Industrie.

Schliesslich sei hier unterstrichen, dass Knappheitssymptome in der UdSSR keineswegs flächendeckend sondern punktuell auftreten; sowohl alle Gesprächspartner von JAC in der Ukraine wie auch der Vertreter Azerbeidjans stellten ausdrücklich fest, in ihren beiden Republiken seien für diesen Winter genügend Nahrungsmittel vorhanden.

3. Technische Zusammenarbeit

Die beiden Bereiche Verwaltungsorganisation (inkl. Föderalismus) sowie Bankwesen (Zentralbanken und kommerzielles Bankensystem) tauchten so regelmässig in den Wünschen um schweizerisches Know-how auf, dass man sich fragen muss, inwiefern das entsprechende schweizerische Angebot nicht standardisiert werden könnte und müsste (Institute in beiden Ländern etc.), allein schon um Ueberbelastung der schweizerischen Experten zu vermeiden. Ein informelles Angebot von Nationalbankpräsident Lusser gegenüber JAC zur Oeffnung des SNB-Zentrums Gerzensee für osteuropäische "Centralbanker" liegt bereits vor.

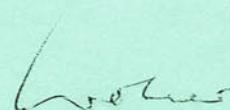
Was die Wunschlisten der einzelnen Republiken anbelangt, so liegen Anfragen vor von Seiten der Föderation Russland (MAP S. 8, Para 5.5.), der Ukraine (politische Kultur allgemein, Bankwesen) sowie Azerbeidjans, Usbekistans und Tadschikistans (MAP, S. 6); die uns von den Unionsorganen präsentierte, sehr breite Liste (MAP, S. 6) gilt grundsätzlich auch für die Republiken. Im Lichte der eingangs erwähnten Problematik der Zusammenarbeit mit Unionsorganen wird der mühselige Weg über Grundsatzentscheide mit Bezug auf Empfänger schweizerischer Unterstützung und anschliessende einzelne Explorationsmissionen (Zentrale und/oder Botschaft Moskau) nicht zu umgehen sein. Natürlich wäre ein Ansprech- und Koordinationsorgan (Union) praktischer und logischer; allein entspricht dies nicht (mehr) den politischen Realitäten.

Schliesslich noch zu zwei möglichen Projektträgern schweizerischer Unterstützung. Die "International Association in Support of Perestroika (IASP)" eines Herrn K.A. Volkov mit Sitz in Genf und Moskau, die sich mit Projektvorschlägen namentlich an das polit. Sekretariat gewandt hat, ist von der schweizerischen Delegation informell gegenüber verschiedenen Gesprächspartnern erwähnt worden. Die Reaktionen waren eindeutig negativ, von skeptisch bis klar ablehnend. Ganz anders eine mögliche Zusammenarbeit, mit Bezug auf die Ukraine, mit dem von Professor B. Hawrylyshyn (IMI Lausanne und Genf)

geleiteten, internationalen Beirat des ukrainischen Präsidiums und Annexorganisationen. In diesem Kreis sind u.a. auch AltBR Furgler und Altkorpskt. Bollinger tätig. Die entsprechenden Organisationen scheinen das volle Vertrauen der momentan Verantwortlichen in Kiev zu geniessen (Dokumentation beiliegend).

POLITISCHE ABTEILUNG I

i.V.



Daniel Woker

DG 29. Nov. 91 - 10

Kopie: . BAWI: - Botschafter Arioli
- Osteuropa
- Unterstützung für Mittel-/Osteuropa
. DEH
. D.I.O.
. polit. Sekretariat
. Finanz- und Wirtschaftsdienst
. JAC, SIN, PR, WOK

DG 29. Nov. 91 - 10